



Positionen und Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zur verbesserten Ausgestaltung der Freiwilligendienste und deren Einbindung in eine Gesamtstrategie zur Stärkung und zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements¹

Mit den nachfolgenden Positionen und Handlungsempfehlungen schreibt der Deutsche Verein seine Forderungen zur Weiterentwicklung der Freiwilligendienste (DV 6/12) aus dem März 2012 fort, indem er aktuelle Handlungserfordernisse aufgreift und die bereits aufgezeigten perspektivischen Lösungsmöglichkeiten konkretisiert.

Aktuelle Ausgangslage

Bei der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes vor gut einem Jahr wurde von einem großen Teil der Politik, aber auch von vielen Fachleuten befürchtet, dass sich die Aussetzung von Wehrpflicht und Zivildienst nicht adäquat bewerkstelligen ließe – zumindest nicht innerhalb so kurzer Zeit – und sich dies nachteilig auf den Sozialbereich und dessen Infrastruktur auswirken würde. Die Skeptiker, die an der Tragfähigkeit einer „Kultur der selbstverständlichen Freiwilligkeit“ zweifelten, wurden jedoch überrascht und eines Besseren belehrt durch die erfreulich große Bereitschaft vieler junger Menschen und auch vieler Erwachsener, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Dank des enormen Einsatzes aller Akteure im Bund, in den Ländern und auf der kommunalen Ebene konnten die Freiwilligendienste, d.h. sowohl die bewährten Jugendfreiwilligendienste als auch der neu eingeführte Bundesfreiwilligendienst, als attraktive Angebote der Freiwilligentätigkeit medienwirksam beworben bzw. bekannt gemacht werden. Dies führte dazu, dass die Mittel für die zur Verfügung stehenden Plätze frühzeitig ausgeschöpft waren. Angesichts der

¹ Verantwortlich im Deutschen Verein: Petra Fuchs. Das Papier wurde im Arbeitskreis „Bürgerschaftliches Engagement, Selbsthilfe und soziales Engagement“ beraten und am 17. Dezember 2012 vom Präsidium des Deutschen Vereins im Umlaufverfahren verabschiedet.

wachsenden Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die künftige gesellschaftliche Entwicklung ist eine Kontingentierung der Plätze in den Freiwilligendiensten unter Hinweis auf die nur begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel allerdings ein denkbar schlechtes Signal.

Zivilgesellschaftlicher Mehrwert verlangt bedarfsdeckende Haushaltsmittel

Der Deutsche Verein hat deshalb schon im Frühjahr 2012 in seinen Forderungen zur Weiterentwicklung der Freiwilligendienste eine bedarfsgerechte Aufstockung der Haushaltsmittel im laufenden Haushaltsjahr 2012 gefordert, damit die Träger in die Lage versetzt werden, gesellschaftlich vorhandenen Bedarf und Nachfrage zu decken. Es gilt, eine von der Kontingentierung ausgehende dauerhaft nachteilige Wirkung auf die Motivation der Freiwilligen, Einsatzstellen und Träger zu verhindern. Leider wird jedoch die Befürchtung einer solchen Entwicklung von der Politik bislang nicht genügend ernst genommen, wie die Haushaltsansätze 2013 zeigen. Das ist umso bedauerlicher, weil bedarfsdeckende Haushaltsmittel außerdem Planungssicherheit und eine entsprechende Qualität der Angebote in den gesetzlich geregelten Freiwilligendiensten garantieren würden.

Der Deutsche Verein bekräftigt seine Forderung an Bund und Länder, schnellstens die notwendigen politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich möglichst viele Menschen engagieren können und wollen. Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf die Freiwilligendienste als eine besondere Form des Engagements, sondern auch auf die für das bürgerschaftliche Engagement in der Vielfalt seiner Formen so wichtigen engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen. Es gilt, den gesellschaftlichen Mehrwert des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern zu erkennen und das im Zusammenhang mit den Freiwilligendiensten durch das überwältigende Interesse zum Ausdruck gekommene Potenzial zu nutzen und zu fördern. Die Weiterentwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft muss durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützt werden. Dazu gehört auch eine Verständigung zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft über die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements. Diese erfordert die Bereitschaft der jeweiligen Sektoren, die Perspektive der jeweils anderen zu respektieren, deren Eigenlogik zu verstehen und deren Werte anzuerkennen.

Paradigmenwechsel zu einer Kultur der Freiwilligkeit und zu einer Kultur der Kooperation

Der Paradigmenwechsel zu einer Kultur der Freiwilligkeit ist noch längst nicht abgeschlossen. Der dank vielfältiger Anstrengungen unerwartet große Erfolg im BFD darf nicht dazu verführen, in den Bemühungen um einen weiteren Ausbau und um qualitative Verbesserungen nachzulassen. Vielmehr muss der eingeschlagene Weg energisch und konsequent weiter beschritten werden. Darüber hinaus gilt es, eine Kultur der Kooperation zwischen den Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen in Bund, Ländern und Kommunen zu entwickeln. Ein Wechsel von der bisherigen „Top-down“-Steuerung hin zu einer „Bottom-up-Strategie“ ist Bestandteil einer solchen neuen Kooperationskultur. Gestaltung und Zukunftsfähigkeit der Freiwilligendienste müssen sich daran messen lassen, ob es gelingt, eine solche Kultur gemeinsam mit allen Akteuren zu entwickeln.

Verbesserungsbedarf für die Ausgestaltung der Freiwilligendienste

Um die Engagementbereitschaft von Menschen aus allen Altersgruppen, aus allen Schichten und verschiedenen Kulturen nachhaltig zu unterstützen, ist der Blick auf die Qualität der Freiwilligendienste zu richten und nicht nur auf die Quantität. Einsatzstellen und Träger sind aufgefordert, attraktive Einsatzmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und durch partizipative Rahmenbedingungen zu begleiten.

1. Profil „Bildungsjahr“ und „Lerndienst“ stärken

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des Engagements neben anderen. Sie sind „Bildungs- und Lerndienste“ und unterscheiden sich vom bisherigen Zivildienst gerade durch die Freiwilligkeit. Dieses bildungsorientierte Profil gilt es – insbesondere auch für die über 27-Jährigen – zu schärfen und vor allem einer Tendenz der „Verdienstlichung“ des bürgerschaftlichen Engagements und seiner zeitintensiven Formen entgegen zu wirken. In den bewährten Jugendfreiwilligendiensten und den Freiwilligendiensten aller Generationen wurden erfahrungs- und teilnehmerorientierte Bildungskonzepte entwickelt und Methoden der Erwachsenenbildung über viele Jahre erprobt. Sie können Orientierung bieten für Bildungskonzepte, die zielgruppenorientiert für die über 27-Jährigen im BFD noch entwickelt werden müssen. Dieser Mangel könnte andernfalls schnell Qualitätsstandards

untergraben und einen negativen, nicht intendierten Effekt auf alle Freiwilligendienste haben.²

2. Qualität sichern durch Beschreibung von Qualitätsstandards

Zur dauerhaften Sicherung des Interesses größerer Personengruppen bedarf es dringend einer Qualitätsdiskussion. Es geht darum, Standards zu beschreiben und nachhaltig zu sichern. Eine solche Beschreibung sollte zügig gemeinsam mit den Verbänden erfolgen. Die Erfahrungen der Träger der Jugendfreiwilligendienste sind angemessen zu berücksichtigen. Es sollte geprüft werden, ob eine gesetzliche Verankerung von Qualitätsstandards notwendig ist.

3. Schnittstellen zur Erwerbsarbeit lerndienstgerecht ausgestalten

Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger darf nicht als Ausfallbürge für einen sich zurückziehenden Sozialstaat instrumentalisiert werden. Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und kein arbeitsmarktpolitisches Instrument. Der Deutsche Verein hat deshalb schon wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass die Gewährleistung der Arbeitsmarktneutralität kontinuierlich beobachtet werden muss. Der BFD rückt durch die Öffnung für die über 27-Jährigen in die Nähe von Fördermaßnahmen zur Arbeitsmarktintegration, macht das Dilemma des bezahlten Ehrenamtes deutlich und berührt damit Fragen der sog. Monetarisierung. Zuständige Behörden, Träger und Zentralstellen müssen sich ihrer Verantwortung stellen und die Einhaltung des Prinzips der Arbeitsmarktneutralität im Einzelfall glaubhaft machen können. Maßstab dafür ist der folgende Grundsatz: Die Arbeitsmarktneutralität ist immer dann gegeben, wenn durch den Einsatz von Freiwilligen im Bundesfreiwilligendienst die Einstellung von neuen Beschäftigten nicht verhindert wird und keine Kündigung von Beschäftigten erfolgt.³ Zentrales Abgrenzungsmerkmal zur Erwerbsarbeit und zum „normalen bürgerschaftlichen Engagement“ ist das Profil „Bildungs- und Lerndienst“.

4. Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips gewährleisten

² CSI/Hertie School of Governance: Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst, S. 18.

³ Aus BMFSFJ (Hrsg.): BFD – Der Bundesfreiwilligendienst von A – Z“, Stand: 3. September 2012.

Die Subsidiarität ist sowohl ein wichtiges Prinzip als auch ein bedeutsamer zivilgesellschaftlicher Wert. Dies muss in der Umsetzung jederzeit berücksichtigt und gewährleistet werden. Hier ist nach Ansicht des Deutschen Vereins Nachbesserungsbedarf gegeben.

So sollten ausnahmslos alle pädagogischen Begleit- und Bildungsmaßnahmen (inkl. der Seminare zur politischen Bildung) in Verantwortung der Träger umgesetzt werden.

Die Zuständigkeit des Bundes und die Beauftragung des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zur Umsetzung des BFD dürfen nicht zu einer Überbürokratisierung der Strukturen führen. Erforderlich sind Bürokratieabbau und Verwaltungsabläufe, die sowohl für Freiwillige durchschaubar als auch von den verbandlichen Strukturen administrativ und ökonomisch sinnvoll zu bewältigen sind. Das BAFzA in seiner multifunktionalen Ausrichtung muss einerseits als umsetzende Zentralstelle und auch andererseits als bewilligende, verwaltende und kontrollierende Behörde unter gleichen Wettbewerbsbedingungen transparent und trennscharf agieren.

5. Evaluation im Fachdiskurs gemeinsam auswerten

Bei der Festlegung, wie der Untersuchungsaufbau der Evaluation gestaltet werden soll, ist die bisherige Einbeziehung der Zivilgesellschaft sehr erfreulich. Insbesondere sollten die Auswirkungen des BFD als Parallelstruktur auf die Jugendfreiwilligendienste sowie auf die Entwicklung in anderen Formaten des bürgerschaftlichen Engagements und auf die Gewinnung von Fachkräften sowie die langfristige Engagementbereitschaft in den Blick genommen werden.

Zwischenergebnisse sind zeitnah der Fachdiskussion zugänglich zu machen, damit bei Fehlentwicklungen frühzeitig gegengesteuert werden kann.

6. Förderung der Freiwilligendienste aller Generationen (FDaG) als eigenständiges Format außerhalb des BFDG

Der Deutsche Verein hält eine Sicherung des infolge der Modellprogramme des BMFSFJ entstandenen Formats der Freiwilligendienste aller Generationen (FDaG) für unbedingt erforderlich. Die im Zuge der Modellprogramme entstandenen „Mobilen Einsatzteams“ hatten eine wichtige Funktion, indem sie die Engagementlandschaft „entwirrt“ und damit

einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von passgenauen lokalen Strukturen geleistet haben. Das Ziel, das die Länder mit ihrem „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Bundesfreiwilligendienstes um Regelungen des Freiwilligendienstes aller Generationen“ (BR-Drucks. 297/12) verfolgen, nämlich bürgerschaftliches Engagement zu fördern, damit alle Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit haben, sich im Rahmen ihrer individuellen persönlichen und zeitlichen Möglichkeiten freiwillig für das Gemeinwohl zu betätigen, wird unterstützt.

Ausblick: Kernagenda guter Engagementförderung

Der Deutsche Verein fordert die Einbindung der Freiwilligendienste in eine Gesamtstrategie zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Zentrale Fragestellungen einer solchen Gesamtstrategie sind u.a.:

- Könnte ein Nationales Engagementförderungsgesetz mit besonderer Berücksichtigung der FDaG und mit Berücksichtigung der besonderen Förderbedarfe des zeitintensiven Engagements insgesamt sowie einer nachhaltigen Absicherung der erforderlichen Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung eine nachhaltige Engagementpolitik befördern?
- Kann die Wirkungskraft des bürgerschaftlichen Engagements erhöht werden, indem auf allen föderalen Ebenen trisektorale Engagementförderkonzepte ausgearbeitet und vertikal abgestimmt werden?

Lokale Engagementförderung ist eine kommunale Querschnittsaufgabe und muss als Prozess mit neuen Kooperationsstrukturen zwischen Kommunalpolitik, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen vor Ort gestaltet werden. Alle föderalen Ebenen und alle Sektoren jedoch müssen sich an der Strategieentwicklung und der Finanzierung beteiligen.